

Friedensinseln in Subsahara-Afrika

Ansorg, Nadine; Schultze, Kim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ansorg, N., & Schultze, K. (2014). *Friedensinseln in Subsahara-Afrika*. (GIGA Focus Afrika, 5). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-391098>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Friedensinseln in Subsahara-Afrika

Nadine Ansorg und Kim Schultze

Im Mai 2014 wurde die Staatspräsidentin Malawis, Joyce Banda, abgewählt; die Wahlen verliefen friedlich. In ihrer Amtszeit engagierte sie sich für mehr Transparenz und gegen Korruption, war aber auch selbst von Skandalen betroffen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs, es gab immer wieder massive Proteste. Dennoch kam es nie zu einem gewaltsamen Konflikt.

Analyse

Subsahara-Afrika ist der Kontinent mit den meisten inner- und nichtstaatlichen Kriegen. Gleichwohl gibt es einige Länder, für die dieser allgemeine Trend nicht gilt und die trotz ähnlicher politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ausgangsbedingungen nicht von organisierter Gewalt betroffen sind, die sogenannten „Friedensinseln“. Dabei kommt es in diesen Ländern durchaus zu politischen Protesten, doch ein großflächiger Ausbruch von Gewalt konnte bislang verhindert werden.

- In den Friedensinseln Subsahara-Afrikas (Äquatorialguinea, Gabun, Swasiland, Benin und Malawi) bestätigen sich die Annahmen der statistischen Friedensforschung: Sowohl demokratische Regime wie Malawi und Benin als auch autokratische Regime wie Äquatorialguinea, Gabun und Swasiland sind tendenziell eher friedlich. Staaten im Wandel oder mit politischen Mischformen hingegen sind anfälliger für großflächige Gewalt und Krieg.
- Dabei spielt die langfristige Stabilität der Regime eine große Rolle: Sind Regierungen bereits lange an der Macht oder ist ein System über längere Zeit stabil, ist der Erhalt von Frieden wahrscheinlicher. Demgegenüber bietet die wirtschaftliche Entwicklung der fünf Länder keine ausreichende Erklärung für ihre friedliche Entwicklung: Ein Großteil der Bevölkerung dieser Länder lebt in Armut.
- Die vorliegende Analyse geht von einem negativen Friedensbegriff aus: Die Friedensinseln werden als frei von organisierter, direkter Gewalt, die eine gewisse Schwelle von Todesopfern überschreitet, gekennzeichnet. Die Definition eines konsolidierten, langfristigen Friedens sollte über einen eingeschränkten Friedensbegriff hinausgehen und positive Aspekte, wie die Anerkennung von Minderheitenrechten und demokratische Teilhabe, einbeziehen.

Schlagwörter: Afrika, Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Malawi, Swasiland, Frieden, Voraussetzungen für Frieden, Friedensforschung

Frieden inmitten von Kriegsregionen?

In den Medien weltweit wird Afrika als Kontinent des Krieges, der Flucht vor Gewalt und der Armut dargestellt. Afrikanischen Regierungen wird nachgesagt, dass ihnen die institutionellen Kapazitäten zur Bewältigung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen fehlen. So konstatiert die Konfliktdatenbank der Universität Uppsala (UCDP)¹, dass der afrikanische Kontinent in den letzten Jahrzehnten weltweit die meisten bewaffneten Konflikte verzeichnete (Themné und Wallensteen 2013). Besonders mit Blick auf Afrika stellt sich daher die Frage, wie Frieden geschaffen und Gewalt eingedämmt werden kann.

Zieht man die UCDP-Datenbank zu Rate, mit der ein Großteil der statistischen Friedens- und Konfliktforschung arbeitet, so gibt es einige Überraschungen in Bezug auf die Länder, die nicht von Gewalt betroffen sind und somit als „Friedensinseln“ in Kriegsregionen definiert werden (siehe Abbildung 1): So haben die fünf Länder Äquatorialguinea, Gabun, Swasiland, Benin und Malawi seit 1975 keine organisierte Gewalt in Form von innerstaatlichen und nichtstaatlichen Konflikten sowie einseitiger Gewalt zu verzeichnen. Demgegenüber sind vermeintlich friedliche Länder wie Botswana (1990) und Tansania (2001) in der Konfliktdatenbank als von Gewalt betroffen aufgeführt. Die statistische Friedensforschung definiert den Zustand des Friedens also nur negativ, als Abwesenheit von gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Der Begriff der Friedensinseln ist relativ neu (Ansorg 2014), doch es gibt besonders in der statistischen Friedensforschung einige Analysen, die sich mit den Ursachen von (negativem) Frieden in diesen Ländern auseinandersetzen und folgende Annahmen beinhalten:

- Demokratische und autokratische Systeme sind tendenziell eher friedlich,
- wirtschaftliche Entwicklung trägt zum Erhalt von Frieden bei,
- die Inklusion von Minderheiten kann Frieden sichern und
- Frieden kann in kleinen Ländern leichter aufrechterhalten werden, da die Regierungsführung überschaubarer ist.

Im Folgenden sollen die Erkenntnisse der statistischen Friedensforschung auf die genannten fünf Länder bezogen und kritisch hinterfragt werden.

Politisches System als Ursache von Frieden?

Das politische System eines Landes wird in der Friedensforschung als maßgeblich für Krieg oder Frieden angesehen (Hegre 2014; Hegre et al. 2001; Raleigh 2007). Das Auftreten von Konflikten und Kriegen gilt innerhalb demokratischer Staaten als weniger wahrscheinlich als in anderen politischen Systemen. Dies wird mit der demokratischen Entscheidungsfindung begründet: Partizipative Entscheidungswege und Vetorechte der Opposition sowie die politische Einbindung von Minderheiten erschwerten den Beginn eines Krieges. Auch autoritären Regimen wird eine tendenziell geringere Konflikthanfälligkeit zugesprochen. Die Friedensforschung erklärt dies damit, dass die Aussichten auf eine erfolgreiche Rebellion in diesen Staaten aufgrund der Unterdrückung der Bevölkerung geringer sind. Tatsächlich treten innerstaatliche Konflikte in politisch stabilen Regimen weniger häufig auf (Hegre et al. 2001).

Nach ihrer politischen Struktur lassen sich die als Friedensinseln bezeichneten Staaten in zwei Gruppen einteilen: Malawi und Benin sind eher demokratische Staaten. Äquatorialguinea, Gabun und Swasiland werden als „nicht frei“ eingestuft (Freedom House 2012; Marshall und Jagers 2002), das heißt beispielsweise, dass es keine freie Presse gibt und politische Parteien nur eingeschränkt agieren können.

Malawi ist seit 1994 ein Mehrparteienstaat, in dem regelmäßig weitestgehend freie Wahlen stattgefunden haben. Präsident Bingu wa Mutharika, der von 2004 bis 2012 regierte, hatte zwar Verfassungsrechte wie das Versammlungsrecht zunehmend ausgehöhlt, doch mit seinem Tod und der Machtübernahme von Joyce Banda im Jahr 2012 kam es erneut zu größerer Transparenz und einer Stärkung der Menschenrechte. Auch Benin gilt als freier und demokratischer Staat. Seit dem friedlichen Wandel von einem sozialistischen zu einem demokratischen System zu Beginn der 1990er Jahre finden regelmäßig Wahlen statt.

Demgegenüber werden Äquatorialguinea und Gabun von autoritären Eliten regiert, die nur eine sehr geringe Beteiligung der Bevölkerung zulassen. Dennoch gelten die politischen Systeme

¹ Uppsala Conflict Data Program (UCDP), online unter <www.pcr.uu.se/research/ucdp/>.

Abbildung 1: Friedensinseln in Subsahara-Afrika



Quelle: Eigene Darstellung.

dieser Staaten als weitgehend stabil. So waren in Gabun seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1960 und trotz der (formalen) Einführung eines Mehrparteienstaates lediglich zwei Präsidenten an der Macht. Der Präsident Ali-Ben Bongo Ondimba hat weitreichende Befugnisse, wie die Ernennung von Richtern und die Auflösung des Parlaments (Freedom House 2012). Anhänger oppositioneller Parteien werden diskriminiert. In Äquatorialguinea regiert seit 1979 Präsident Obiang Nguema. In mehr als drei Jahrzehnten Herrschaft hat Obiang oppositionelle Kräfte massiv unterdrückt. Kritik am Regime kann kaum geübt werden. Zwar ist Äquatorialguinea formal eine Mehrparteiendemokratie, doch Wahlen werden nur zum Schein durchgeführt.

Swasiland ist eine absolute Monarchie. König Mswati III. ist die zentrale politische Figur des Landes. Er regiert Swasiland seit 1986. Der König übt absolute Macht über das Kabinett, das Parlament sowie die Judikative aus. Das Land ist zudem nach dem sogenannten *Tinkhundla*-System organisiert, in dem lokale Gemeindeoberhäupter die Mitglieder des nationalen Parlaments wählen (Freedom House 2012). Die lokalen *Chiefs* sind jedoch unmittelbar dem König unterstellt und er ist ihnen gegenüber weisungsbefugt. Politische Parteien sind verboten.

Alle fünf subsaharischen Länder sind bereits über einen langen Zeitraum stabil. Sowohl die

beiden demokratischen als auch die drei autoritären Staaten blicken auf eine lange Konsolidierung ihrer politischen Systeme zurück. Der Wandel hin zu Demokratie in Benin und Malawi zu Beginn der 1990er Jahre vollzog sich friedlich und ohne gewaltsame Ausschreitungen. Seither ist die Möglichkeit des friedlichen Regierungswechsels durch regelmäßige Wahlen gegeben. In Äquatorialguinea, Gabun und Swasiland erklärt sich die langfristige Stabilität durch die autoritäre Herrschaft, die in allen drei Staaten bereits seit mehr als dreißig Jahren anhält. Oppositionelle Kräfte werden nur so lange geduldet, wie sie die Machtstrukturen nicht in Frage stellen.

Hier zeigt sich ein grundlegendes Problem des Friedensbegriffs der quantitativen Friedensforschung: Zwar sind die untersuchten Staaten frei von organisierter, direkter und physischer Gewalt. Gleichzeitig sind sie jedoch weit davon entfernt, Demokratie und Menschenrechte zu garantieren und ihren Bürgern gleiche Teilhaberechte einzuräumen.

Sozioökonomische Entwicklung

Die Friedensforschung sieht nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Stabilität als maßgeblich für die Konsolidierung von Frieden an: Wirtschaftlicher Erfolg führe zu höheren Steuereinnahmen und trage somit zur besseren Handlungsfähigkeit einer Regierung bei (Fearon und Laitin 2003), die Regierung könne Polizei und Militär besser ausstatten und es gebe mehr wirtschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen eines Landes. Armut und wirtschaftliche Schwäche hingegen führten zu Missständen und Ungleichheit in einer Gesellschaft. Zudem seien wirtschaftlich schwache Regime nicht in der Lage, ein erhöhtes Spannungspotenzial in geregelte Bahnen zu lenken, und hätten Schwierigkeiten, den Ausbruch von Rebellionen zu verhindern (Sambanis 2004).

Die fünf gewaltfreien Staaten Subsahara-Afrikas bieten eine große Bandbreite an wirtschaftlicher Entwicklung: Während Äquatorialguinea zu den Ländern mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen zählt, sind Gabun und Swasiland Mittlereinkommensländer. Malawi und Benin hingegen verzeichnen ein sehr geringes Pro-Kopf-Einkommen und zählen zu den ärmsten Ländern der Welt.

Äquatorialguinea verfügt über enorme Ölreserven, die dem Land hohes wirtschaftliches Wach-

tum bescheren. Gleichwohl kommt dieser Reichtum dem Volk nicht zugute: Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung lebten im Jahr 2006 unter der nationalen Armutsgrenze, nur 42 Prozent der ländlichen Bevölkerung hatten Zugang zu sauberem Trinkwasser (World Bank 2013). Auf der Rangliste des Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen steht Äquatorialguinea im Jahr 2013 auf Platz 136 von 187 Ländern (UNDP 2013).

Auch Gabun, das ebenfalls durch seine Ölvorkommen zu relativem Wohlstand kam, ist in weiten Teilen von Armut und Ungleichheit geprägt. So lebten auch in Gabun im Jahr 2005 noch immer 32,5 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; sauberes Trinkwasser stand nur für 63 Prozent der ländlichen Bevölkerung zur Verfügung (World Bank 2013). Die im Vergleich zu Äquatorialguinea leicht bessere Infrastruktur spiegelt sich auch im HDI-Ranking wider, wo Gabun im Jahr 2013 auf Platz 106 von 187 Ländern lag (UNDP 2013).

Zwar tragen die Ölvorkommen bei steigenden globalen Ölpreisen in beiden Ländern durchaus zu kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolgen bei. Gleichzeitig profitiert jedoch hauptsächlich die politische Elite von den Einnahmen, während die Bevölkerung weiterhin unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen lebt (Basedau und Kappel 2011).

Swasiland zählt laut Weltbank zu den Ländern mit niedrigem mittlerem Einkommen (World Bank 2013). Es verfügt zwar nicht über Erdölvorkommen wie Gabun und Äquatorialguinea, exportiert aber Kohle und Diamanten. Trotz dieser Ressourcen weist Swasiland Entwicklungsmängel auf: So belegte es im Jahr 2013 auf der HDI-Liste lediglich Platz 141. Die Gewinne aus dem Rohstoffexport kommen nur der staatlichen Elite zugute, während der Großteil der Menschen unterhalb der nationalen Armutsgrenze lebt.

Benin und Malawi zählen zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt (World Bank 2013). Beide Länder rangierten im Jahr 2013 im untersten Viertel der HDI-Liste, mit Benin auf Platz 166 und Malawi auf Platz 170 von 187. In Benin führt die Armut in weiten Teilen des Landes zu sozialer Marginalisierung und Benachteiligung. Bis zu drei Viertel der Bevölkerung leben von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Auch Malawi ist von weitgehender Armut gekennzeichnet. Zwar gab es in den letzten Jahren einige Verbesserungen besonders im Bereich der Kinder- und Müttersterblich-

keit und der medizinischen Versorgung der ländlichen Bevölkerung. Gleichzeitig lebt aber immer noch die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die ländliche Bevölkerung lebt von Subsistenzwirtschaft und schafft es nicht, dem Kreislauf der Armut zu entkommen.

In allen fünf untersuchten Ländern wird die Begrenztheit eines negativen Friedensbegriffs deutlich: So sind diese Länder zwar gewaltfrei und somit im negativen Sinne friedlich. Doch herrscht gleichzeitig massive wirtschaftliche und soziale Ungleichheit. Ein Großteil der Bevölkerung aller fünf Länder ist von absoluter Armut betroffen und hat keine Möglichkeit, sich langfristig aus dieser Situation zu befreien.

Ethnische Struktur der Friedensinseln

Ein weiterer Faktor zur Erklärung für die Beständigkeit von Frieden ist die Inklusion unterschiedlicher ethnischer Gruppen und deren politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Ethnische und religiöse Diversität gelten nicht als direkte Ursache gewaltsamer Konflikte (Blimes 2006). Wohl aber wird angenommen, dass staatliche Diskriminierung von Minderheiten und die damit verbundenen fehlenden Teilhabemöglichkeiten das Konfliktrisiko erhöhen. Die Bevorzugung einer und die Benachteiligung anderer Gruppen führe zu einem gesteigerten Wettbewerb um knappe politische und wirtschaftliche Ressourcen innerhalb eines Landes (Cederman et al. 2010). Dieser Wettbewerb könne zum Ausbruch politischer Gewalt zwischen Regierung und Opposition beitragen.

Mit Ausnahme Swasilands sind alle fünf Friedensinseln Subahara-Afrikas von ethnischer Vielfalt geprägt. In den einzelnen Ländern gibt es jedoch unterschiedliche Strategien, dieser Vielfalt gerecht zu werden. Die fünf Friedensinseln lassen sich auch hier in zwei Gruppen unterteilen. Auf der einen Seite stehen die eher demokratischen Staaten, in denen alle ethnischen Gruppen ein Recht auf politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe haben. Auf der anderen Seite sind in den autoritären Regimen einzelne ethnische Gruppierungen an der Macht, wodurch jeweils andere Gruppen von politischer, wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind.

In Malawi gibt es drei regionale Parteien, die den Süden (die regierende United Democratic Front), das Zentrum (die oppositionelle Malawi

Congress Party) und den Norden (Alliance for Democracy) repräsentieren und die zum Teil ethnisch geprägt sind. Diese regionale Teilung wurde unter Präsident Hastings Banda bis 1994 verstärkt. So wurde die Region Chewa im Zentrum des Landes systematisch bevorzugt und Regionalismus und Stammeszugehörigkeit bestimmten den Ausgang von Wahlen (Osei-Hwedie 1998). Mit der Einführung einer Mehrparteiendemokratie im Jahr 1994 und der Abwahl Bandas wurde der Wettbewerb um staatliche Kontrolle in demokratische Bahnen gelenkt (Marshall und Jagers 2002).

Auch Benin war ehemals geprägt von einer ethnisch-regionalen Aufteilung zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit kam es immer wieder zu ethnisch motivierten Konflikten und Putschversuchen. Mit dem Militärputsch von Mathieu Kérékou im Jahr 1972 wurden ethnische Konflikte jedoch in den Hintergrund gedrängt: Kérékou propagierte die Einführung eines sozialistischen Einparteiensystems mit einer Politik des Ausgleichs und der Machtteilung zwischen ethnischen Gruppen (Dickovick 2008). Dies ebnete den Weg für eine pragmatische und institutionalisierte Opposition, die sich nicht allein entlang ethnischer Linien zusammensetzte. Mit der Öffnung Benins hin zu einem Mehrparteiensystem zu Beginn der 1990er Jahre wurde auch die politische Teilhabe der ethnisch-regionalen Gruppen gesichert.

In Äquatorialguinea bestehen ethnische Spannungen zwischen den ärmeren Fang in Mbini, die drei Viertel der Bevölkerung stellen, und der wohlhabenderen Inselbevölkerung, den Bubi auf der Insel Bioko. Seit den Öl- und Gasfunden nahe der Insel sind die separatistischen Forderungen der indigenen Bubi lauter geworden. Dennoch ist die Politik so gut wie frei von diesen hauptsächlich geographisch geprägten Spannungen. Seit der Unabhängigkeit vor fast einem halben Jahrhundert hat nur eine einzige Familie, die zur Fang-Mehrheit gehört, aber durch Klanlinien von ihr abgehoben ist, das Land regiert: die Mongoma. Auch Präsident Obiang Nguema ist Mitglied dieser Familie (Cusack 1999). Jeglicher Unmut ethnischer Gruppen wird durch ein System von politischem Druck und Patronage eingeschüchtert.

Auch im Nachbarland Gabun gibt es eine ethnisch-regionale Spaltung zwischen der Partei des Präsidenten Ondimba, der Parti Démocratique Gabonais (PDG), die den Bateke im Süden des Landes verpflichtet ist, und dem Rassemblement Na-

tional des Bûcherons, das die Fang aus dem Norden sowie die Myene aus der Küstenregion Gabuns vertritt. Die Regierung fördert die ethnische Balance im öffentlichen Sektor, indem sie wichtige Positionen mit Einzelpersonen aus jeder der Hauptgruppierungen besetzt. Die Sicherheitskräfte werden jedoch weiterhin von den Bateke dominiert. Mit dieser Form der Einbindung der lokalen Eliten schafft es Ondimba, die Gruppen ruhigzustellen, von denen er anderenfalls starken Widerstand erwarten könnte.

Swasiland gilt demgegenüber als Sonderfall, da es ethnisch weitgehend homogen ist. König Mswati III. herrscht über eine einzige ethnische Gruppe, die sich in verschiedene Stämme unterteilt. Ethnizität oder die Exklusion ethnischer Gruppen wird daher für das Konfliktrisiko in Swasiland als nicht bedeutend angesehen.

Politisierte Ethnizität spielt in vier der fünf Friedensinseln Subsahara-Afrikas eine Rolle. Dabei gibt es unterschiedliche Strategien, damit umzugehen: Malawi, Benin und Gabun setzen auf eine Steuerung des ethnischen Konfliktpotenzials. In Malawi und Benin werden alle Ethnien durch regelmäßige demokratische Wahlen ins politische System eingebunden. In Gabun erhalten ethnische Eliten politische Schlüsselpositionen und sind somit maßgeblich an wichtigen Entscheidungsfindungen beteiligt, auch wenn sie in anderen Bereichen eher nicht eingebunden sind. In Äquatorialguinea kommt es zu einer Unterdrückung ethnischer Gruppen durch die herrschende Elite. Hier wird erneut die Problematik eines negativen Friedensbegriffs deutlich: Zwar bleiben die Länder durch diese Strategien gewaltfrei, doch von einer tatsächlichen Einbindung und Gleichberechtigung der ethnischen Gruppen kann hier nicht die Rede sein.

Die Größe der Friedensinseln

Ein letzter möglicher Erklärungsfaktor für die Dauerhaftigkeit von Frieden ist die Größe eines Landes. Die Friedensforschung argumentiert, dass die Größe eines Landes – die geographische Ausdehnung und die Bevölkerungszahl – Auswirkungen auf soziale Interaktionen innerhalb der Gesellschaft und somit auf die Konsolidierung von Frieden haben kann (Collier und Hoeffler 2000; Fearon und Laitin 2003): Die Distanz zwischen den Eliten und der Bevölkerung sei in kleinen Ländern oft nur gering, mögliche Konflikte könnten daher

durch die Kommunikation und Interaktion in sozialen Netzwerken schneller aufgegriffen werden. Andererseits könnten autoritäre Regierungen kleiner Staaten ihre Bevölkerung aber auch besser kontrollieren und unter Druck setzen.

Im Vergleich zu flächenmäßig kleinen Staaten gelten insbesondere bevölkerungsreiche Staaten wie Sudan, Nigeria oder die Demokratische Republik Kongo als eher konfliktanfällig. Sie seien schwerer zu regieren, da die Kontrolle des Staates oft nicht bis in die Peripherie reiche. Zudem bringe eine große Bevölkerungszahl auch ein höheres Konfliktpotenzial mit sich: Es gebe mehr Gruppen, die sich um die Macht im Staat oder die knappen Ressourcen streiten.

Welche Rolle spielt Größe für die fünf Friedensinseln? Wie in Abbildung 1 deutlich wird, sind alle fünf afrikanischen Friedensinseln kleine Staaten mit einer geringen Fläche und relativ wenigen Einwohnern: Malawi ist mit seinen 16 Millionen Einwohnern noch das bevölkerungsreichste Land. Es folgen Benin mit 9,4, Gabun mit 1,6 und Swasiland mit 1,2 Millionen Einwohnern. Äquatorialguinea, das etwa so groß ist wie Swasiland, hat sogar nur 740.000 Einwohner.

Die geringe Größe dieser Länder spricht zunächst für die These der Friedfertigkeit von „kleinen“ Staaten: Sie sind leichter zu regieren und die Verbindung zwischen Eliten und Bevölkerung ist stärker. Gegen die These spricht allerdings die Tatsache, dass ebenfalls flächenmäßig kleine Staaten wie Ruanda, Burundi, Liberia oder Sierra Leone zu den Konfliktländern zählen. Von daher ist die Größe eines Landes als Erklärungsfaktor für die Beständigkeit von Frieden zu relativieren.

Frieden in Subsahara-Afrika

Die Untersuchung der afrikanischen Friedensinseln zeigt, dass negativer – durch die Abwesenheit direkter physischer Gewalt bestimmter – Frieden in den fünf Ländern Benin, Malawi, Äquatorialguinea, Gabun und Swasiland nicht durch einen einzigen Faktor erklärt werden kann. Stattdessen lassen sich bei der Bestimmung der Ursachen langfristiger Gewaltlosigkeit verschiedene Faktoren bündeln, die sich gegenseitig bedingen.

Malawi und Benin sind relativ stabile Mehrparteiendemokratien, in denen es regelmäßig zu Wahlen kommt. Ein friedlicher Regierungswechsel ist dort möglich. Zudem sind auch kleine eth-

nische Gruppen in beiden Ländern in politischen Ämtern repräsentiert und nehmen am politischen Wettbewerb teil. Es kommt zwar immer wieder zu politischen Protesten, doch diese finden im Rahmen demokratischer Institutionen statt und bleiben weitestgehend friedlich. Auch in Gabun haben Eliten verschiedener Ethnien Zugang zu öffentlichen Ämtern und sind damit in wichtige politische Entscheidungen eingebunden. In Äquatorialguinea hingegen liegt die Macht allein in der Hand der Familie Mongoma.

Gabun, Äquatorialguinea und Swasiland werden autoritär regiert. Machtwechsel durch Wahlen haben bislang nicht stattgefunden. Gleichwohl kam es im Untersuchungszeitraum seit 1975 nicht zum Ausbruch eines gewaltsamen Konflikts. Die Stabilität der drei Länder resultiert aus der autoritären Herrschaft einer kleinen Elite, die oppositionelle Stimmen unterdrückt oder nur sehr spärlich zulässt.

Der Frieden der fünf afrikanischen Friedensinseln wird negativ definiert. Es zählt hier nur die Abwesenheit von direkter, physischer und organisierter Gewalt, die eine bestimmte Schwelle von Todesopfern überschreitet.² Frieden als normativer Idealzustand einer Gesellschaft geht jedoch über einen solch engen Friedensbegriff hinaus: Neben der Abwesenheit von direkter Gewalt sollte eine als friedlich bezeichnete Gesellschaft generell auch positive Werte, wie demokratische Teilhabe, die Inklusion von Minderheiten und gleiche Beteiligungschancen für alle Individuen, umsetzen.

Der gesellschaftliche Zustand in den fünf als Friedensinseln bezeichneten Ländern Subsahara-Afrikas birgt einiges Konfliktpotenzial, sei es aufgrund der Unterdrückung politischer Gegner, sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit oder der Unterdrückung oder Benachteiligung von ethnischen Gruppen – von der Konsolidierung eines positiven Friedens sind die betrachteten Länder bislang noch weit entfernt.

Daher muss Friedensförderung in diesen Ländern – wie auch in den Konfliktstaaten Subsahara-Afrikas – auf eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen zielen. Dazu gehört insbesondere die Einführung demokratischer Institutionen wie Wahlen und Parteien in Swasiland und Gabun, die Inklusion von Minderheiten in Äquatorialguinea und die Herstellung gleicher sozialer und

² In der UCDP-Konfliktdatenbank liegt der Grenzwert bei 25 Todesopfern pro Jahr durch organisierte Gewalt von Rebellengruppen und/oder vonseiten des Staates.

wirtschaftlicher Chancen für Menschen in Malawi und Benin.

Zudem muss besonders auch die statistische Friedensforschung gängige Konzepte von Frieden hinterfragen. Negativer Frieden ist zwar statistisch einfacher zu messen und zu quantifizieren. Doch wie an den vermeintlich friedlichen Ländern Subsahara-Afrikas deutlich wird, geht ein so definierter Frieden nicht über die Abwesenheit von Gewalt hinaus. Damit werden Aspekte vernachlässigt, die zu einer erhöhten Konflikanfälligkeit der Länder beitragen.

Literatur

- Ansorg, Nadine (2014), *Islands of Peace – Understanding the Causes of Long-lasting Intrastate Peace in Non-War Countries*, Paper präsentiert bei der Annual Convention der International Studies Association, 26.-29. März 2014, Toronto, Canada.
- Basedau, Matthias, und Robert Kappel (Hrsg.) (2011), *Machtquelle Erdöl: Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten*, Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, 11, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bertelsmann Stiftung (2014), *Transformation Index BTI 2014: Political Management in International Comparison*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Blimes, Randall J. (2006), The Indirect Effect of Ethnic Heterogeneity on the Likelihood of Civil War Onset, in: *The Journal of Conflict Resolution*, 50, 4, 536-547.
- Cederman, Lars-Erik, Andreas Wimmer und Brian Min (2010), Why Do Ethnic Groups Rebel? New Data and Analysis, in: *World Politics*, 62, 1, 87-119.
- Collier, Paul, und Anke Hoeffler (2000), *Greed and Grievance in Civil War*, Washington, D.C.: World Bank.
- Cusack, Igor (1999), Hispanic and Bantu Inheritance, Trauma, Dispersal and Return: Some Contributions to a Sense of National Identity in Equatorial Guinea, in: *Nations and Nationalism*, 5, 2, 207-236.
- Dickovick, J. Tyler (2008), Legacies of Leftism: Ideology, Ethnicity and Democracy in Benin, Ghana and Mali, in: *Third World Quarterly*, 29, 6, 1119-1137.
- Fearon, James D., und David D. Laitin (2003), Ethnicity, Insurgency, and Civil War, in: *American Political Science Review*, 97, 75-90.
- Freedom House (2012), *Freedom in the World 2012*, Washington, D.C.
- Hegre, H. (2014), Democracy and Armed Conflict, in: *Journal of Peace Research*, 51, 2, 159-172.
- Hegre, Håvard, Tanja Ellingsen, Scott Gates und Nils Peter Gleditsch (2001), Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816-1992, in: *The American Political Science Review*, 95, 1, 33-48.
- Marshall, Monty G., und Keith Jaggers (2002), *Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2002*, College Park, MD: Center for International Development and Conflict Management.
- Osei-Hwedie, Bertha (1998), The Role of Ethnicity in Multi-Party Politics in Malawi and Zambia, in: *Journal of Contemporary African Studies*, 16, 2, 227-247.
- Raleigh, Clionadh (2007), *Civil War Risk in Democratic and Non-Democratic Neighborhoods*, World Bank Policy Research Working Paper, 4260, Washington, D.C., online: <http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=996166> (14. Oktober 2009).
- Sambanis, Nicholas (2004), Poverty and the Organization of Political Violence, in: Brookings, *Brookings Trade Forum*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 165-211.
- Themnér, Lotta, und Peter Wallensteen (2013), Armed Conflicts, 1946-2012, in: *Journal of Peace Research*, 50, 4, 509-521.
- United Nations Development Programme (UNDP) (2013), *The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World*, Human Development Report 2013, New York.
- World Bank (2013), *World Development Indicators, 1960-2013*, Washington, D.C.

■ Die Autorinnen

Dr. Nadine Ansorg ist Koordinatorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Netzwerkprojekt „Institutions for Sustainable Peace“ (ISP) am GIGA.

E-Mail: <nadine.ansorg@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/team/ansorg>

Kim Schultze, MA, hat ihren Masterabschluss in „Global Political Economy“ an der Universität Sussex in Brighton erworben. Von Januar bis Juni 2014 arbeitete sie als Research Consultant am GIGA Institut für Afrika-Studien.

E-Mail: <kimschultze@googlemail.com>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das Forschungsteam „Kriegs- und Friedensprozesse“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht Gewaltkonflikte sowie die Faktoren, die den erfolgreichen Übergang zu einem Friedensprozess begünstigen oder verhindern. Das Netzwerkprojekt „Institutions for Sustainable Peace“ (ISP) zielt auf die Erarbeitung konkreter Forschungsergebnisse zu den institutionellen Voraussetzungen nachhaltiger Friedenskonsolidierung (<<http://isp.giga-hamburg.de/>>).

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Ansorg, Nadine, Felix Haaß, Andreas Mehler und Julia Strasheim (2012), *Institutionelle Reformen zur Friedenskonsolidierung*, GIGA Focus Afrika, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Mehler, Andreas (2011), *Frieden durch Verfassungsänderungen? Möglichkeiten und Tendenzen*, GIGA Focus Global, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Stroh, Alexander (2013), *Stabilitätsanker Verfassung: kleine Reformen und große Ängste in Benin*, GIGA Focus Afrika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Stroh, Alexander, Sebastian Elischer und Gero Erdmann (2012), *Origins and Outcomes of Electoral Institutions in African Hybrid Regimes: A Comparative Perspective*, GIGA Working Papers, 197, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Stroh, Alexander, und Christian von Soest (2011), *Den Machterhalt im Blick: Verfassungsreformen in Subsahara-Afrika*, GIGA Focus Afrika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM